



Machtfaktor Glaube

WAHLEN Die Politik in Westeuropa geht zu wenig auf religiöse Menschen ein. Und diese sind sich ihres Einflusses noch nicht bewusst

Von Stefan Piasecki

Als die 1980er-Jahre endeten und mit ihnen eine politische und gesellschaftliche Epoche, wagte der amerikanische Sozialwissenschaftler Ronald Inglehart die Prognose, dass Politik zukünftig von „ad hoc gebildeten Gruppen statt etablierten bürokratischen Organisationen“ bestimmt würde. Diese und ihre an Themen orientierte hohe Kompetenz würden von außen politische Veränderungen bewirken und somit die Elite lenken, statt nur die Repräsentanten einer bestimmten politischen Gruppe zu unterstützen.

Es dauerte nicht lange, bis die gezielten Aktionen der Umweltschutzorganisation Greenpeace mit einer kleinen Gruppe von Wagenmütigen den Ölkonzern Shell in Schwierigkeiten brachten und Inglehart zu bestätigen schienen. Zwar trafen die Vorwürfe nicht zu, Shell wolle mitsamt der ausgemusterten Ölplattform Brent Spar auch tonnenweise Giftmüll und Öle versenken.

Dennoch hagelte es Boykottaufrufe gegen Shell, die trotz unklarer Fakten von Medien und Politikern unterstützt wurden. Gegner und Verbündete der klassischen Politikgestaltung finden abseits der klassischen Parteilinie politische Entfaltungsmöglichkeiten in Bürgerinitiativen. Diese und auch freie Wählergruppen ziehen viele politisch Interessierte an und bieten ihnen durch die Änderung des Kommunalwahlrechts und die Abschaffung der Fünfprozenthürde durch das Bundesverfassungsgericht wachsende politische Einflussmöglichkeiten.

Dass lokale Bündnisse die Aufmerksamkeit der traditionellen Parteien binden, erscheint so verständlich. Christlich motivierte Wähler haben es da mitunter schwer, zu Wort zu kommen oder auch nur sichtbar zu bleiben. Zu sehr erscheint ihre Religiosität an die kirchliche Praxis gebunden, die sich vermeintlich im Rückzug befindet. Christliche Traditionen wie etwa die Meditation gelten nun als fernöstlich oder esoterisch und werden einem wachsenden Markt von Spiritualität zugeschlagen. Religiös orientierte Wählerschichten

werden überregional vernachlässigt. Nur wenige Entscheider in Politik und Medien bekennen sich öffentlich zu ihrem Glauben. Ist der religiöse Wähler out? Dagegen prägen katholische, protestantische und orthodoxe Christen, Juden, Muslime, Buddhisten und viele religiöse Gruppierungen das kommunale Leben.

Ehrenamtlicher Einsatz ist selbstverständlich. Katholische „grüne Damen“ besuchen Kranke, Protestanten bieten Stadtteilprojekte und Beratungsstellen an, jüdische Gemeinden Sprachkurse, Ex-Musliminnen Frauengruppen.

Fortschreitende Flexibilisierung und Entstrukturierung vieler Lebensbereiche zugunsten einer autonomen individuellen Zeitgestaltung, zu der die globalisierte Arbeitswelt zwingt, behindern die Zeitstrukturen religiöser Praxis. Feiertage wie der Sonntag oder Phasen wie die Karwoche oder die Fastenzeit sind vielfach normale Arbeitstage geworden. Der religiös identifizierbare Arbeitnehmer wird unsichtbar.

Gehör für religiöse Überzeugungen muss also immer neu eingefordert werden. Vertreter aktiverer religiöser Gemeinschaften verleihen ihren Interessen geschickte gesellschaftliche Relevanz. Dies kann erklären, warum Religion im politischen Alltag heute vor allem als Migrantenthema vorkommt.

Ist der Füllstand eines Gotteshauses ein Gradmesser für die Stärke des kulturellen und religiösen Einflusses einer Religion? Die Frage betrifft auch die Politik, die in ihren Ortsverbänden oft kaum noch genügend Personal für Wahlämter rekrutieren kann. Tatsächlich leiden die großen Kirchen unter Mitgliederschwund und, wie die meisten anderen Organisationen (zum Beispiel Parteien und Gewerkschaften), unter finanziellen Engpässen.

Doch neben den großen Kirchen gibt es viele christliche Laienorganisationen und Freikirchen, die sich in ihrem Unterstützungs- oder Ablehnungsgrad von den Volkskirchen unterscheiden. Die Zahl ihrer Mitglieder geht bundesweit in die Hunderttausende, doch werden sie in der medialen Berichterstattung und ihrer gesellschaftlichen und politischen Bedeutung oft

übersehen. Dadurch wächst die Gefahr, dass Menschen, die sich aus vielerlei Gründen in kirchliche und andere religiöse soziale Räume zurückziehen, von der Politik nicht mehr erreicht werden.

Schon die Vielfalt an religiös-sozialen Räumen macht Kirchen und religiöse Organisationen zu wichtigen Multiplikatoren für Politik. Sie eröffnet ihren Gemeinden Einfluss auf die politischen Entscheidungen vor Ort. Fraglich ist, ob ihnen ihre Möglichkeiten bewusst sind und ob sie eine aktive Rolle einnehmen wollen.

Die Identifikation der Deutschen mit den kulturellen, rechtlichen und moralischen Aspekten der christlichen Traditionen ist ohne Zweifel vorhanden und wird durch Untersuchungen bestätigt. Zudem lässt sich die Säkularisierungsthese – je mehr Industrie und je mehr Bildung, desto weniger Religion – nur auf europäische Gesellschaften anwenden. In anderen Kulturen, die sich vermehrt in Deutschland und Europa finden lassen, geht die (Un-)Gleichung nicht auf. Auf muslimische Gesellschaften trifft sie ebenso wenig zu wie auf christliche in Afrika oder Asien. Das schlagendste Gegenbeispiel sind die USA mit einer Religiosität, die gleichauf mit der in der Türkei liegt.

Die gesellschaftlichen Transformationsprozesse der vergangenen Jahrzehnte mögen die Sichtbarkeit von Religion in Europa verringert haben. Gleichzeitig erlaubten sie eine weitgehende Verrechtlichung religiöser Glaubensgrundsätze im Rahmen weltlicher Gesetzbücher. Auch aktuelle politische Debatten geschehen vor dem Hintergrund religiöser Muster. Abtreibungs-, Gentechnik- oder Verhütungsdiskurse nähren sich aus religiösen Begründungen. Und nur wenige Themen und ihre mediale Vermittlung können die Gesellschaft so tief an ihren Grundverständnissen berühren und daher polarisieren.

Wenn Politik religiöse Wählerschichten unbeachtet lässt und ihre Relevanz an der Kirchenmitgliedschaft bemisst, verkennt sie die modernen Formen der Sinnsuche vieler Menschen und die Vielzahl von Möglichkeiten, den eigenen Glauben zu leben und auszudrücken.

Christliche oder allgemein religiöse Wähler mögen nicht mehr Mitglied einer Unionspartei sein oder dem lokalen Kirchenvorstand angehören. Sie bleiben aber weiter politisch ansprechbar und sind oft organisiert. Parteien müssen es jedoch neu lernen, um die Aufmerksamkeit dieser Gruppe zu werben, da Religion als Programmpunkt aus den meisten Parteiprogrammen verschwunden oder bei der Kultur zur Untermiete eingezogen ist.

Öffentlich wird eine Resakralisierung durch Kräfte forciert, die nicht christlichen Ursprungs sind. Muslime oder Atheisten kämpfen entschieden und öffentlich für oder gegen religiöse Bekenntnisse und Symbole. Das zeigt Christen oder ehemaligen Christen, dass sie am gesellschaftlichen Wettstreit beteiligt sind, ob sie es wollen oder nicht, und dass Rückzug nicht die klügste Wahl ist.

Werden weltanschauliche Wahrnehmungs- und Bewertungsebenen zugunsten anderer Kriterien nicht berücksichtigt, bleiben zudem erhebliche politische Potenziale ungenutzt – sowohl programmatisch als auch in der Ansprache von Wählerschichten. Politik, die Religion nur als Angelegenheit von Feiertagen oder als Migrationsphänomen begreift, gibt gesellschaftliche Räume auf, bewusst oder unbewusst, auf jeden Fall aber nachlässig. An diesen Räumen orientieren sich Menschen, andere versammeln sich in ihnen. Vor den Gläubigen liegt die Aufgabe, sich ihrer Möglichkeiten als Wähler bewusst zu werden und sie verantwortlich zu nutzen.

FRAGEN AN ODO MARQUARD

„Religion war nie verschwunden“

PHILOSOPHIE Der Altmeister der Skepsis versucht, Gott zu vertrauen

Rheinischer Merkur: Sie haben mehrfach gesagt, dass Sie gern in einer Gesellschaft leben, die vom Christentum geprägt ist. Warum?

Odo Marquard: Der Satz stammt von meiner Frau. Ich habe die Formulierung aber gern übernommen, weil sie mir einleuchtet. Das Christentum unserer Kultur steht für eine menschliche Gesellschaft.

RM: Wie erklären Sie sich die neue Religiosität in Europa?

Marquard: Mein theologischer Kollege Trutz Rendtorff hat zu Recht gesagt, dass die Diskussion um die neue Religiosität eine Intellektuellenfrage ist. Aus dem täglichen Leben ist Religion nie verschwunden. Normal ist nicht der Atheismus, normal ist die Religion.

RM: Sie haben eine religiöse Gewaltenteilung gefordert. Ist sie nähergekommen? Neben die Kirchen trat der Islam, und es gibt eine frei vagabundierende Religiosität.

Marquard: Meine Formulierung von damals war – mit Absicht – überzogen. Für mich ist zunächst wichtig, dass Religion vielfältig vorhanden ist, nicht dass wir einer einzigen Vorstellung hinterherlaufen, weil sie so einen starken Eindruck macht. Das Christentum hat die Gewaltenteilung ja schon in sich vollzogen. Es vertritt streng genommen keinen Monotheismus, und es hat sich in Konfessionen aufgeteilt.

RM: Die nicht an die Konfessionen gebundene Religiosität scheint mittlerweile nicht rational. Es gibt eine neue Lust an Engeln, Mystik, an Versenkung und Verehrung. Ist Ihnen das fremd?

Marquard: Zumind. habe ich Verständnis dafür entwickelt. Mit 81 Jahren wird für mich die Frage dringlich, was nach diesem Leben kommt. Meine Antwort ist ein Versuch, auf Gott zu vertrauen, ohne dass ich hier mit Gewissheiten dienen kann. Mein Leben

lang hat mich die Frage nach der Gerechtigkeit Gottes, der Theodizee, interessiert. Es gibt darauf keine Antwort. Mir bleibt ein angefochtener Glaube.

RM: Käme heute jemand zu Ihnen und fragte Sie, worauf er vertrauen kann, was würden Sie antworten?

Marquard: Ich würde antworten: Fragen Sie schnellstens jemand anderen, der Ihnen mehr Gewissheit vermitteln kann. Meine Fragen und Zweifel werden immer stärker. Da fühle ich mich wie der Philosoph Sören Kierkegaard: Ich möchte Menschen aufmerksam machen auf die wichtigen Fragen, aber seinen Weg, seine Form muss jeder selber finden. Warum sollte ich einen jungen Menschen behelligen mit den Fragen eines alten Mannes?

Die Fragen stellte Wolfgang Thielmann. Odo Marquard ist einer der bekanntesten Philosophen in Deutschland. Bis 1993 lehrte er Philosophie in Gießen.



Versenkung: Im Zentrum der Deutschen Buddhistischen Union in Berlin meditieren zwei junge Leute. FOTO: AMIN AKHTAR/LAIF

Funkkorrespondenz

Jede Woche mit kompetenten Kommentaren und Nachrichten zur Medienpolitik sowie profunden Programmanalysen.

Sorgfältige Fernsehkritiken von ausgewiesenen Experten.

Einziges Fachblatt mit regelmäßigen Hörspielkritiken.

Ausführliche Personalien und wichtige Dokumentationen aus der Branche.

FK – Fachkenntnis aus Leidenschaft.

TATORT MEDIEN

FUNK KORRESPONDENZ

TESTEN SIE: 10 WOCHEN FK FÜR NUR 25 EURO UND ALS GESCHENK DAZU GIBT ES DEN BESTSELLER „WER BIN ICH - UND WENN JA, WIE VIELE?“, HANDSIGNIERT VOM AUTOR RICHARD DAVID PRECHT

Name, Vorname: _____

Straße, Hausnummer: _____

PLZ, Ort: _____

Telefon, E-Mail: _____

Konto, BLZ: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bestellung bitte an: Telefon 0228/884-229, Fax 0228/884-170

FK-Leserservice E-Mail: phermann@funkkorrespondenz.de

Heinrich-Brüning-Str. 9, 53113 Bonn www.funkkorrespondenz.de

Ich bezahle per Rechnung per Einzugsermächtigung